VR-07 (V-103)-031-3 Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: Enad Altaweel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu VR-07 (V-103)

Von Zeile 31 bis 53:
~~Das wurde immer wieder mit dem Versprechen verbunden, dass es bald humaner und geordneter zugeht, dass weniger Menschen nach Europa und Deutschland fliehen und dass reale Herausforderungen bei Integration und Unterbringung eher heute als morgen verschwinden. Weder dieses Versprechen, noch die Erwartung dass populistische und rechtsextremistische durch diese Politik geschwächt werden, ist eingetreten. Es gibt auch Erfolge, die wir bereits durchsetzen konnten: beispielsweise bei der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts oder beim Chancenaufenthaltsrecht. Uns ist bewusst, dass Kompromisse in Koalitionen die Voraussetzung dafür sind, Verantwortung übernehmen und gestalten zu können. Der Migrationsdiskurs ist aber aus einer vernünftigen Bahn geraten, er trägt so zum Aufstieg der Rechtsextremen bei. Wir werden dazu beitragen, dass die Migrationsdebatte zurück zur Vernunft findet.~~

~~Es ist Zeit für eine neue Asyl- und Migrationspolitik, eine die endlich funktioniert, sich Realitäten stellt, die Menschenrechte als Vorteil begreift und die Würde der Menschen in und außerhalb Europas ins Zentrum stellt. Die grüne Migrationspolitik fußt im wesentlichen auf sechs Säulen. Hier soll dieses Fundament dargestellt und mit einigen Vorschlägen unterfüttert werden. Es gäbe in jeder Säule dutzende Vorschläge, die wir bereits beschlossen haben, Haltelinien, die nicht überschritten werden dürfen. Dabei verschleiern lange Forderungslisten aber zum Teil unsere grundsätzliche Ausrichtung und lenken von Wesentlichen ab, weswegen wir hier darauf verzichten:~~

Die jüngsten Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen verdeutlichen, wer von einem Diskurs profitiert, der immer stärkere Einschränkungen, Kontrolle und Härte in der Migrations- und Asylpolitik fordert. Es gibt auch Erfolge, die wir bereits durchsetzen konnten:
beispielsweise bei der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts oder beim Chancenaufenthaltsrecht. Uns ist bewusst, dass Kompromisse in Koalitionen die Voraussetzung dafür sind, Verantwortung übernehmen und gestalten zu können. Kompromisse dürfen aber nicht gemacht werden, wenn sie den Menschen in seiner Würde und Freiheit verletzen.

Es ist Zeit für eine neue Asyl- und Migrationspolitik, eine die endlich funktioniert, sich Realitäten stellt, die die Menschenrechte und die Würde der Menschen in und außerhalb Europas ins Zentrum stellt.

weitere Antragsteller*innen

Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Niclas Christ (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Svenja

Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln); Philip Alexander Hiersemenzel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Jasper Robeck (KV Erfurt); Cim Kartal (KV Bielefeld); Gerrit Alino Prange (KV Potsdam); Elina Schumacher (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Aeneas Niklas Marxen (KV Köln); Mimont Bousroufi (KV Bonn); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Jens Weinandt (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Hannah Fuge (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Leonie Back (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); sowie 58 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.